

express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Corona-Partys des Kapitals

Von »Solidarisch gegen Corona« und »Fever – Class struggle under pandemic«*

In: express 4-5/2020

Vorsatz

Am 20. Mai hat das Bundeskabinett entschieden, Leiharbeit und Werkverträge in Schlachthöfen zum Jahreswechsel zu verbieten. Damit rea-gierte die Regierung auf zahlreiche Fälle von Corona-Infektionen in verschiedenen Betrieben. BeobachterInnen, die sich für das irrsinnige Nebeneinander von Kontaktbeschränkungen in der Freizeit und erzwungenem Kontakt im Betrieb interessieren, hatten die Branche schon länger im Blick. So auch die AutorInnen dieses Textes: Der Beitrag entstand aus der Kooperation von zwei Blogprojekten, die sich im März 2020 zur Dokumentation und Analyse der weltweiten Klassenauseinandersetzungen im Zuge der Covid-19-Pandemie gegründet haben.

Der erste Teil des folgenden Beitrags erschien zunächst in deutscher Sprache auf *Coronasoli.org*, bei dem zweiten Teil handelt es sich um Ergänzungen und Aktualisierungen von *Fever Struggle* anlässlich ihrer Übersetzung des Artikels ins Englische. Im dritten Teil greift *Fever Struggle* das Thema »Corona in den Schlachthöfen« erneut auf und analysiert es unter dem allgemeineren Gesichtspunkt der Bedeutung von Migration im Kapitalismus der Gegenwart. Im vierten Teil folgt eine weitere Aktualisierung zur Situation in Deutschland, wo sich die Ereignisse in den Sektoren der Lebensmittelproduktion gerade über-schlagen.

Seit März diesen Jahres hören wir immer wieder: Menschen aus verschiedenen Haushalten dürfen sich nur noch zu zweit treffen. Rausgehen darf man nur noch für Spaziergänge, zum Einkaufen und für die Arbeit. Das kurze Wörtchen »Arbeit« steht ganz arglos in diesen Aufzählungen. Im März bekamen die Leute bei der Vorstellung frivoler Corona-Partys Schnappatmung, Anfang -April ereiferte man sich tagelang über gefährliche Luftströme beim Joggen. Zuletzt wurde auf Twitter zurecht die Entscheidung der Kultusminister skandalisiert, dieses Jahr Abiturprüfungen schreiben zu lassen.

Bei dem Wörtchen »Arbeit« bleiben die Gemüter ruhig, wenn es nicht gerade um HeldInnen in Krankenhäusern oder um die aufregende neue Welt des Homeoffice geht. Doch von den Arbeitskräften mit niedriger oder mittlerer Schulbildung arbeiten weit über 60 Prozent nach wie vor beim Arbeitgeber, weit unter 20 Prozent im Homeoffice. Hinter dem unschuldigen »Weg zur Arbeit« verbirgt sich eine Wirklichkeit, die für die Ausbreitung der Seuche zentrale Bedeutung hat.

Egal ob in Mailand, Madrid oder New York: In den Hotspots der Pandemie fahren PendlerInnen immer noch im vollgestopften Öffentlichen Nahverkehr zum Arbeitsplatz. Dort angelangt, verbringen sie den Großteil des Tages zusammengepfercht mit dutzenden, hunderten oder sogar tausenden Menschen, häufig in geschlossenen Räumen. Das kann ein

Warenlager sein oder eine Fabrik, ein Büro oder eine Baustelle. Häufig teilen sie sich die Arbeitsmittel mit anderen oder arbeiten buchstäblich Hand in Hand in arbeitsteiligen Produktionsabläufen.

Eine Versammlung vieler Menschen aus verschiedenen Haushalten, Körper dicht an dicht, Berührungen. Man atmet die gleiche, abgestandene Luft: Das klingt in der aktuellen Situation ziemlich gefährlich, und das ist es auch. Das sind die Corona-Partys des Kapitals, gespenstische Feste, zu denen die Gäste nur widerstrebend erscheinen. Es ist der stumme Zwang der Verhältnisse, der sie tagtäglich in diese Ansteckungsherde treibt. Denn viele Lohnabhängige müssen sich jetzt zwischen Gesundheit und Einkommen entscheiden, beziehungsweise zwischen Armut und Krankheit. Das ist ordinäre Erpressung, in unserer Gesellschaft aber nicht einmal der Rede wert.

In Italien wütete die Seuche in den produktivsten Zonen des Landes besonders erbarmungslos. In den USA gehört eine Fleischfabrik im Mittleren Westen zu den größten Corona-Clustern. Die Unternehmensleitung scherte sich wochenlang nicht um die begründete Ansteckungsangst der ArbeiterInnen und ließ die Produktion weiterlaufen, als längst Fälle bekannt waren. Als die Fabrik am 15. April auf massiven Druck hin endlich schloss, gab es 644 Fälle von Infektionen unter den ArbeiterInnen und ihren Angehörigen.

In Deutschland das gleiche Spiel in einer Fleischfabrik bei Pforzheim. Bei Müller-Fleisch in Birkenfeld gab es am 17. April schon 90 positive Tests, eine knappe Woche später waren es 139 von über 1.000 Beschäftigten. Obwohl viele Tests noch immer ausstehen, läuft die Produktion munter weiter. Man hat einfach sämtliche MitarbeiterInnen unter »Quarantäne« gestellt, erklärte die Leiterin des zuständigen Gesundheitsamts in den *Badischen Nachrichten*: »Das bedeutet, dass sie zur Arbeit kommen, aber ansonsten die eigenen vier Wände nicht verlassen dürfen«. Mit anderen Worten: Es stört keinen, wenn sie sich weiterhin gegenseitig beim Schuffen anstecken, solange sie dabei unter sich bleiben und keine unbescholtenen Bürger in Mitleidenschaft ziehen. Die Rede von den »eigenen vier Wänden« setzt dem Ganzen noch eins drauf, denn viele der osteuropäischen ArbeiterInnen leben in Massenunterkünften und heruntergekommenen Monteurswohnungen. Unter diesen Bedingungen wird eine unkontrollierte »Durchseuchung« de facto in Kauf genommen.

Gerade die Lebensmittelindustrie hat die Ausbeutung von Mensch und Natur perfektioniert. Der in diesem Feld engagierte Pfarrer Peter Kossen berichtet von Werkverträgen bei Subunternehmern, niedrigen Löhnen und extrem langen Arbeitszeiten: oftmals zwölf Stunden an sechs Tagen in der Woche! Hinzu kommen fehlender Arbeitsschutz, -soziale und sprachliche Isolierung, sowie ein schlechter Gesundheitszustand: »Die Totalerschöpfung dieser Menschen ist die Normalität«.

Aus der Perspektive des Kapitals ist es -ra-tional, die Lohnabhängigen so lange wie möglich arbeiten zu lassen, Hauptsache der Nachschub bleibt gewährleistet. Es ist rational, an Ausgaben für geräumige Arbeitsplätze, Lüftung, sanitäre Einrichtungen zu sparen. Es ist rational, beim Gesundheitsschutz ein Auge zuzudrücken. Denn dann können mit jedem Kotelett noch ein, zwei Cent mehr Profit gemacht werden. Und das ist ihnen die Gesundheit der ArbeiterInnen natürlich wert.

Damit sich in den Fabriken etwas ändert, bedarf es vor allem der kollektiven Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen. Sie haben in den letzten Wochen rund um den Globus und quer durch die Sektoren immer wieder für einen besseren Gesundheitsschutz oder die bezahlte Arbeitsniederlegung protestiert und gestreikt. »Wir sind kein Schlachtvieh« war eine Parole, die in Italien und Spanien bei solchen Anlässen die Runde machte. Sollten sich auch hierzulande ArbeiterInnen gegen diese Zustände wehren, müssen wir ihre Anliegen unterstützen.

Es kann nicht sein, dass ein Picknick im Park zur Moralpanik führt und gleichzeitig Menschen immer noch zu tödlichen Corona-Partys in den Fabriken antanzen müssen.

Solidarisch gegen Corona, 27. April 2020



Die Fleischindustrie erweist sich immer deutlicher als Covid19-Hotspot. Bei einem Ausbruch stecken sich ArbeiterInnen rasant mit dem Virus an. Ungeachtet dessen soll die Fleischproduktion in den Fabriken weiterlaufen. Bei der Firma Müller-Fleisch in Deutschland haben sich bis jetzt (Stand: 6. Mai 2020) über 300 ArbeiterInnen mit dem Virus infiziert. Die anderen müssen weiterarbeiten. Der Ausfall wird auf die verbliebenen ArbeiterInnen abgewälzt. Diese müssen sieben Tage die Woche in der Nachtschicht schuften. Das wird von rumänischen WerkvertragsarbeiterInnen aus dem Betrieb berichtet (*Pforzheimer Kurier*, 5. Mai 2020).

Die beengten Arbeits- und Wohnverhältnisse der migrantischen ArbeiterInnen sorgen für eine ständige Infektionsgefahr. Für die winzigen Unterkünfte, die Beschäftigte von der Firma mieten, werden ihnen enorme Summen abgeknöpft. Während gerade einmal der deutsche Mindestlohn ausbezahlt wird, zahlt eine Person pro Monat 250 Euro zurück an die Firma für ein 10m² kleines Zimmer, das sie sich mit einer zweiten ArbeiterIn teilen muss (*Pforzheimer Kurier*, 5. Mai 2020).

Solche Bedingungen sind kein deutsches Spezifikum. In Valencia, Spanien, streiken migrantische ArbeiterInnen einer Fleischfabrik bereits seit dem 25. Februar 2020 für die Abschaffung der Schlechterstellungen durch Scheinselbständigkeit. Leere Streikkassen bringen viele von ihnen in Existenzschwierigkeiten. Das zeigt, wie miserabel die Umstände in der Fleischindustrie international bereits vor der Pandemie waren.

In den USA standen wegen horrender -Infektionszahlen unter ArbeiterInnen 22 Fleischfabriken zumindest kurzzeitig still. -Alleine in der »Smithfield pork processing plant« in Sioux Falls, South Dakota, gab es mindestens 700 ArbeiterInnen, die sich mit Covid-19 angesteckt haben, wie die *BBC* berichtete. Auch in den USA arbeiten in der Fleischverarbeitung vor allem MigrantInnen. Nach den Stilllegungen nutzte Trump seine Sonderbefugnisse unter dem »*Defense Production Act*«, um die Fließbänder wieder zum Laufen zu bringen. Seine Anweisung »Get Back to Work« vom 28. April 2020 zwingt ArbeiterInnen zurück in die gefährlichen Fabrikhallen, nachdem schon mindestens 20 ArbeiterInnen aus dem Sektor durch das -Corona-Virus gestorben sind.

Mit dem Erlass von Trump und weiteren gesetzlichen Schutzschilden für die Unternehmen werden die Möglichkeiten für ArbeiterInnen, legal gegen die gefährlichen -Arbeitsbedingungen vorzugehen, massiv eingeschränkt (*Guardian*, 30. April 2020). Trotz allem organisieren ArbeiterInnen der Fleischindustrie im ganzen Land Arbeitsniederlegungen und rufen dazu auf, die Arbeit zu verweigern, solange keine Schutzmaßnahmen und Gesundheitsversorgung garantiert werden (*Workers World*, 4. Mai 2020). Mehrere Fleischfabriken müssen demnach die Produktion nach wie vor einschränken, weil die Arbeit verweigert wird und *Sick-Outs* (Krankschreibungen) zunehmen.

Fever Struggle, 6. Mai 2020



Die gegenwärtige Situation wirkt wie eine Lupe, die auf Arbeitsbedingungen in Sektoren zeigt, die stark von Wanderarbeitskräften abhängig sind; Bedingungen, die oft unsichtbar gemacht wurden. In Europa werden von mehreren Staaten Ausnahmeregelungen geschaffen, um Saisonarbeitskräfte ins Land zu holen, was für diese oft unbezahlte Quarantänezeiten und freiheitsbeschränkende Unterbringung bedeutet. Insgesamt 80.000 -rumänische ArbeiterInnen sollen nach Deutschland geflogen werden, um in der Landwirtschaft zu schuften, in Großbritannien wurden Flüge für SaisonarbeiterInnen von landwirtschaftlichen Betrieben gechartert, der griechische Staat sorgt für den Transport von 7.000 ArbeiterInnen aus

-Albanien, und die ukrainische Regierung wurde aufgefordert, ArbeiterInnen in verschiedene Länder zu entsenden. Dies beschränkt sich nicht auf die Landwirtschaft: In Österreich wurden bulgarische und rumänische Arbeiterinnen per Flugzeug und Zug geholt, um in der 24-Stunden-Betreuung zu arbeiten.

Die Diskrepanz zwischen der Schließung von Grenzen oder der Einschränkung der Bewegungsfreiheit einerseits und den Bemühungen um die örtliche Verlagerung von ArbeiterInnen andererseits ist durch die globale Funktionsweise des Kapitals bedingt: Kosten werden gesenkt, indem manche Produktionsprozesse ausgelagert werden und billige Arbeitskräfte dorthin gebracht werden, wo die schlecht bezahlte Arbeit nicht verlagert werden kann. Grenzen sind nicht undurchlässig, sondern lassen einige passieren, je nach dem Druck, der von der Bewegung der Migrierenden und dem Bedarf des Arbeitsmarktes ausgeht.

Die Pandemie wird die Gründe für Migration wahrscheinlich noch vermehren und gleichzeitig die Möglichkeiten dazu verringern. In den Zentren der kapitalistischen Produktion erleben wir zeitgleich eine Eskalation der Repression. In verschiedenen Ländern gibt es eine vollständige oder de-facto-Aussetzung der Asylgesetze und nicht einmal eine vorgetäuschte Sorge um die Gesundheit der Menschen in Lagern und Haftanstalten: Wird ein Fall von Covid-19 entdeckt, werden sie einfach unter kollektive Quarantäne gestellt (in einigen Fällen mit der infizierten Person noch unter ihnen) und als eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit behandelt.

Dasselbe gilt bei der Arbeit: Bei Müller-Fleisch bestand die Reaktion auf mehr als 100 infizierte ArbeiterInnen darin, einfach die gesamte Belegschaft unter »Quarantäne« zu stellen – was in diesem Fall bedeutet, dass sie nichts Anderes tun dürfen außer: zu arbeiten. In den USA wurde der »Defense Production Act« genutzt, um Schlachthöfe von der Schließung abzuhalten, nachdem als Reaktion auf die Ansteckung von 12.000 ArbeiterInnen mit Covid-19 und den Tod von 48 weiteren durch das Virus wilde Streiks und Sick-Outs zunahmen. Die Beschäftigten in den Fleischfabriken, die früher regelmäßig Ziel von Razzien am Arbeitsplatz durch die Einwanderungsbehörden waren, werden nun mit Hilfe eines Gesetzes aus der Zeit des Kalten Krieges in die lebensbedrohlichen Umgebungen der Fabrikhallen zurückgedrängt.

Covid-19 zeigt also auch die Abhängigkeit von WanderarbeiterInnen auf. Die Möglichkeiten für Staaten und Unternehmen, sich die benötigten Arbeitskräfte zu besorgen, sind angesichts der eingeschränkten Bewegungsfreiheit begrenzt. Entweder sie organisieren aktiv die (vorübergehende) Migration von ArbeiterInnen über geschlossene Grenzen oder sie rekrutieren einheimische Arbeitskräfte.

Beide Optionen werden derzeit genutzt, und beide legen die Widersprüche einer Anti-Einwanderungspolitik offen, die so *en vogue* ist: Die erste Option entlarvt »Nulleinwanderung« als bloße Rhetorik, die die Verwaltung eines stratifizierten Arbeitsmarktes im Dienste der Gewinnmaximierung verschleiern. Die zweite Option besteht darin, die einheimische Bevölkerung dazu zu bringen, anstrengende Arbeiten für einen beschissenen Lohn zu verrichten. Diese Jobs werden bereits von vielen abgelehnt, weil das Pflücken von Gurken für ein paar Euro die Stunde nicht im Entferntesten wie ein fairer Deal erscheint. Die erhöhte Sichtbarkeit der strukturellen Nachfrage des Kapitals nach Niedriglohnarbeit entlarvt die Behauptung, MigrantInnen würden die Löhne nach unten treiben, als falsch. In diesem Zusammenhang wird die Interdependenz von lokalen und migrantischen ArbeiterInnen deutlich, und das Potenzial für gemeinsame Kämpfe beginnt sich abzuzeichnen.

Fever Struggle, 18. Mai 2020



In Deutschland ist in den letzten Tagen noch einmal auf verschiedenen Ebenen richtig Bewegung in die Sache gekommen. Nach zunehmender Berichterstattung über Corona-

Hotspots in der Fleischindustrie schaffte es das Thema am 8. Mai 2020 in die *Tagesschau*. Vor dem Hintergrund diplomatischen Drucks durch die Herkunftsländer der Arbeitskräfte sprach Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) nun von »unhaltbaren Zuständen« in der Fleischindustrie. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits über 600 positiv getestete Fälle in der Branche bekannt.

In Baden-Württemberg und Niedersachsen wurden bis dato insgesamt 905 Infektionen in der Fleischverarbeitung gezählt (*Spiegel*, 11. Mai 2020). Allein bei Westfleisch in Coesfeld (129 Infektionen am 8. Mai, 268 Infektionen am 16. Mai) und Oer-Erkenschwick (128 Infektionen) haben sich hunderte ArbeiterInnen infiziert. Die Stadt Coesfeld im Münsterland musste deswegen die Lockerungsmaßnahmen von Anfang Mai schnell wieder zurücknehmen, Westfleisch durfte aber weiterproduzieren, wenn auch in geringerem Maße.

Ab dem 20. Mai wird die Produktion wieder schrittweise auf die volle Produktionsauslastung hochgefahren. Doch die Infektionsgefahr ist nicht die einzige Belastung: »Wir kennen Betriebe, die im Moment sieben Tage die Woche durcharbeiten und das bis zu 14 Stunden am Tag. Das Ganze ist ein Knochenjob. Wenn dann mal jemand krank wird, drohen die Subunternehmer ganz schnell mit einer Kündigung«, berichtet Sza-bolcs Sepsi von der Dortmunder Beratungsstelle *Faire Mobilität* im *WDR*-Interview (13. Mai 2020).

Heil forderte seine Kollegen in den Bundesländern zu strengen Kontrollen des Arbeitsschutzes in den entsprechenden Sektoren auf. Am 20. Mai 2020 legte er mit einem bahnbrechenden Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischindustrie nach, was das bisherige System der Arbeitsorganisation in dieser Branche komplett in Frage stellt. Hinzu kommen höhere Bußgelder, strengere Bestimmungen zur Arbeitszeiterfassung und stärkere Kontrollen (*Tagesspiegel*, 20. Mai 2020).

Während einige der nun im Fokus stehenden Fleischbetriebe mit etlichen Infizierten zeitweise stillgelegt wurden, ergab eine Recherche von *Buzzfeed* zum Arbeitsschutz in der Pandemie am 12. Mai 2020 ein ganz anderes Bild: »Es gibt effektiv derzeit quasi keinen Arbeitsschutz mehr«, wird ein Beamter zitiert. Das in den letzten Jahren stark abgebaute Fachpersonal sitzt mit zusätzlicher Büroarbeit im Homeoffice und bearbeitet die zahlreichen Anfragen, die nun aus Betrieben und Öffentlichkeit eingehen. Abgesehen davon ist man wohl auch bereit, angesichts der kommenden Rezession beide Augen beim Gesundheitsschutz zuzudrücken, wie ein weiterer Arbeitsschützer erklärt: »Alle haben die Hosen gestrichen voll. Die haben Angst, dass die Unternehmen auf die Barrikaden -gehen.«

Parallel zu den Entwicklungen in der Fleisch-industrie entwickelte sich die Landwirtschaft im Mai zum Schauplatz von Arbeitskämpfen. Die *FAZ* meldete am 10. Mai 2020 eine »Revolte auf dem Spargelhof« bei Darmstadt. Die im April eingeflogenen RumänInnen wurden aufmüpfig, verließen den Hof im Streit und wurden sofort von einem Konkurrenten abgeholt, der mutmaßlich bessere Bedingungen bietet: Neue Szenen für die Hofbesitzer, die duldsame Arbeitskräfte gewohnt waren. Die *FAZ* (10. Mai 2020) ärgert sich mit ihnen: »Doch dieses Jahr hat sich die Machtverteilung zugunsten der Saisonarbeiter verlagert. Sie sind ein »knappes Gut« auf dem Arbeitsmarkt. Ihr Preis steigt. (...) Zurück bleiben Frust und Misstrauen – und Spargel, der nicht geerntet wird. Eine üble Kombination im ohnehin schwierigen Erntejahr 2020.«

Der Widerstand der migrantischen ErntearbeiterInnen erreichte in Deutschland am 15. Mai 2020 eine neue Qualität, als 150 Beschäftigte eines Spargelbetriebs in Bornheim bei Bonn in den Streik traten (siehe S. 11). Neben massivem Lohnraub fachten die miserable Verpflegung, schlechte Unterbringung und mangelnder Infektionsschutz die Wut der ArbeiterInnen an. Ihr Kampf wird unter anderem von der FAU und Mi-grantifa-Gruppen unterstützt. Auch in Süd-italien kommt es inzwischen zu Streiks mi-grantischer ArbeiterInnen. Während die Regierung nur denjenigen Illegalisierten in Landwirtschaft und Pflege ein Aufenthaltsrecht einräumt, deren Arbeitskraft gerade vom Kapital dringend gebraucht wird, fordern die AktivistInnen das Aufenthaltsrecht für alle Illegalisierten (www.infomigrants.net).

Solidarisch gegen Corona,
20. Mai 2020

**In dem deutschsprachigen Projekt »Solidarisch gegen Corona« (Coronasoli.org) arbeiten Personen aus Berlin, Leipzig und Wien mit. In zwei Monaten entstanden etwa 40 Blogbeiträge, in denen ein breites Spektrum von Themen aus einer klassenanalytischen und feministischen Perspektive betrachtet wird. Die transnationale Plattform »Fever Struggle« gründete sich zur gleichen Zeit und verfolgt einen ähnlichen Ansatz. Auf dem Blog werden Berichte, Analysen und Diskussionen rund um proletarische Kämpfe während der Pandemie und darüber hinaus zusammengetragen. Das Projekt verbindet Personen aus Europa, Süd- und Nordamerika und veröffentlicht in sieben Sprachen, wobei alle Beiträge auch ins Englische übersetzt werden. Das Ziel ist ein kollektiver Austausch zwischen unabhängigen Gruppen von ArbeiterInnen aus unterschiedlichen Ländern.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12